

## Politik



Ralph Kremp, Partner beim Energieberatungsunternehmen BET, hat für energate einen Blick auf die Wahlergebnisse im Osten Deutschlands geworfen.

(Quelle: BET/Martin Stockberg)

23.09.2024 13:00

GASTKOMMENTAR ZU LANDTAGSWAHLEN

## Transformationswille der Bevölkerung wurde überschätzt

**Berlin (energate) - Die Landtagwahlen in Brandenburg [1], Sachsen [2] und Thüringen [3] gingen zu Gunsten von AfD und BSW aus, während die Ampel-Parteien massiv an Zustimmung verloren haben. Unser Gastkommentator Ralph Kremp, Partner bei der Energieberatung BET, sieht die Wahlergebnisse als Symptom einer Politik, die die Menschen vor Ort zu wenig mitgenommen habe. Populistische Forderungen seien allerdings nicht zielführend. Was bedeuten die Wahlergebnisse nun für die deutsche Energiepolitik?**

Ein Gastkommentar von Ralph Kremp, Partner bei BET.

Sicherlich stehen tagesaktuell Fragen der Migration und der Zuwanderung im politischen Fokus. Doch auch Energie ist Gegenstand des vom Wählerwillen zum Ausdruck gebrachten Unmuts. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Transformation wurde durch die Bundesregierung überschätzt. Ein durch Ordnungsrecht hervorgerufener Eingriff in den persönlichen Lebens- und individuellen Entscheidungsbereich wird von vielen nicht gewünscht. Die Bereitschaft, die mit der Transformation verbundenen Kostensteigerungen gegenüber der Vergangenheit anzuerkennen, ist nicht gegeben.

Was bedeuten die Wahlergebnisse nun für die deutsche Energiepolitik? Ein Blick in die energiepolitischen Wahlprogramme von AfD und BSW zeigt, dass zwischen Sachebene und den dahinter liegenden Bedürfnissen der Bevölkerung zu unterscheiden ist.

Den Wahlprogrammen von AfD und BSW ist gemeinsam, dass die Kostenbelastung und der Anstieg der Energiepreise zentrale Aspekte der Kritik sind. Die AfD lehnt die Energiewende fundamental ab. Als Ansätze werden z.B. eine Rückkehr zur Kernenergie und russischem Erdgas sowie ein Weiterbetrieb der Braunkohle vorgeschlagen. Das BSW sieht gestiegene Energiepreise im Wesentlichen unter anderem als Ergebnis der Russland-Sanktionen und fordert deshalb die Wiederaufnahme entsprechender Handelsbeziehungen. Laut Wahlprogramm werden zudem privatwirtschaftliche Strukturen als Treiber gestiegener Kosten ausgemacht.

### Positive Auswirkungen der Erneuerbaren unbestritten

Beurteilt man die Vorschläge rational in der Sache, so ist recht schnell klar, dass die Vorschläge nicht tragen.

Die Aufnahme von erneuten Handelsbeziehungen mit Russland ist primär eine geo- und sicherheitspolitische Fragestellung. Ein Weiterbetrieb der zuletzt stillgelegten Kernkraftwerke hätte die Beschaffung weiterer Brennstäbe sowie die Verlängerung von Genehmigungen und langwierige Überprüfungen nach sich gezogen. Ein Neubau von Kernkraftwerken mag je nach individueller Sichtweise und Grundeinstellung eine politisch verlockende Perspektive sein. Es ist jedoch derzeit keine echte Option. Anforderungen an und Dauer von Planung und Genehmigung führen dazu, dass gesicherte Leistung selbst bei positivem politischem Willen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Die zu erwarteten Gestehungskosten würden die Energiepreise verteuern.

Die relevanten Handlungsfelder sind derzeit klar definiert. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nicht nur ein Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase, sondern auch der Reduktion der Importabhängigkeit. Positive Auswirkungen

auf die Großhandelspreise sind unbestritten. Förderregime und Marktdesign müssen jedoch reformiert werden. In Bezug auf gesicherte Leistung sind Kraftwerksstrategie und Kapazitätsmärkte konsequent. Flexibilität und systemdienliches Verhalten sowie richtige Allokation der Standorte von Einspeisungen werden dringend benötigt. Netzausbau ist erforderlich, sollte aber durch ein intelligentes Zusammenspiel aller möglichen innovativen Maßnahmen optimiert erfolgen.

Alle Themen sind erkannt und Gegenstand der Diskussion zu Marktdesign, Ordnungsrahmen und Finanzierbarkeit.

Zentrale Fragen der deutschen Energiepolitik werden nicht in Landesparlamenten entschieden, sondern auf bundespolitischer oder europäischer Ebene. Bedeutet dies nun aber, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen keine Relevanz haben sollten? Keineswegs. Die Bedürfnisse der Bevölkerung müssen ernst genommen werden.

## Stärkerer Fokus auf Belastbarkeit und Finanzierbarkeit

In der Sache werden es nicht die plakativen Maßnahmen der AFD und des BSW sein können, die sich als zielführend erweisen. Die Energiepolitik muss sich jedoch stärker mit Fragen der Finanzierbarkeit und Bezahlbarkeit auseinandersetzen. Die Bevölkerung muss mitgenommen und deren Sorgen beachtet werden. Die Angst vor explodierenden Preisen und der Bezahlbarkeit sowie der Betroffenheit des Einzelnen ist gegeben. Anstatt die Ängste jedoch weiter zu schüren, sollte transparenter gemacht werden, dass die Politik gerade dazu führt, dass die Kostensteigerungen eingedämmt werden.

Was können wir somit aus den Landtagswahlen lernen? Die Energiewirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Marktdesign und Ordnungsrahmen müssen so ausgestaltet sein, dass sie verständlich sind. Komplexität muss auf ein Mindestmaß reduziert werden und darf nicht zu Ungewissheit führen und eine Realisierung dringend benötigter Investitionen zur Reduktion der Systemkosten verhindern. Pragmatische, transparente und schnell wirkende Lösungen sind erforderlich. Ein neues Marktdesign und die Kraft-

werksstrategie dürfen sich nicht weiter verzögern. Die von AFD und BSW vorgeschlagenen einfachen Lösungen werden jedoch ein Ziel nicht erreichen. Nämlich, dass es günstiger wird.

Testen Sie den energate messenger+ jetzt 30 Tage lang kostenlos und unverbindlich:

[www.energate-messenger.de/trial/](http://www.energate-messenger.de/trial/)